



## Protokoll der 26. Sitzung des Einwohnerrates

vom 10. April 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 35 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Bühler Joel (SP), Eugster Thomas (FDP), Mägli Patrick (SP), Quensel Marianne (SP) und Daniela Reichenstein (FDP)

Stadtrat Franz Kaufmann

### Traktanden

### Laufnummer

1. Entschädigungsreglement - Motion der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (142.1) im Zusammenhang mit der Stadtratsentschädigung; Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)  
*://: Den Anträgen der GOR wird grossmehrheitlich zugestimmt.*
2. Entwicklungs- und Finanzplan 2019-2023 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)  
*://: Der EP 2019-2023 wird mit 30 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.*  
*://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.*
3. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan, Bericht Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung  
*Der BSP Heidenlochstrasse wird in einer 1. Lesung beraten.*
4. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625); Bericht Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung  
*Die Vorlage betreffend den Krediten für die Heidenlochstrasse wird in einer 1. Lesung beraten.*
5. Werkhof-Zusammenarbeit - Bericht Stadtrat zum Postulat «Werkhof - Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde» von Patrick Mägli der SP-Fraktion  
*://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*
6. Verkehrserschliessung Liestal/Lausen - Bericht Stadtrat zu Postulat «Gemeindeübergreifende Verkehrserschliessung Liestal/Lausen» von Patrick Mägli der SP-Fraktion und Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion  
*://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*

7. Waldpädagogisches Grundkonzept - Bericht Stadtrat zum Postulat «Prüfung eines waldpädagogischen Grundkonzeptes» von Natalie Oberdolzer der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Bruno Imsand der FDP-Fraktion sowie Markus Rudin der SVP-Fraktion  
2018/97  
2018/97a  
*://: Einstimmig wird vom stadträtlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben..*
8. Reklamereglement-Revision - Motion «Neuorganisation von Plakatieren vor eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen: Wildes Plakatieren macht wild, denn die Wahlplakate hängen überall» von Reto Derungs der SP-Fraktion  
2019/123  
*://: Die Motion wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.*
9. Mailinglisten Protokollzustellung - Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion  
2019/124  
*://: Das Verfahrenspostulat wird einstimmig an das Büro des Einwohnerrates überwiesen.*
10. Feuerwehrdienstersatzabgabe - Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Feuerwehrdienstersatzabgabe-Reglementes  
2019/125  
*Vertagung wegen Zeitmangel.*
11. Parkkarten - Interpellation von Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion betreffend Parkkarten auf öffentlichen Parkplätzen  
2019/129  
*Vertagung wegen Zeitmangel.*
12. Veloverkehr Tiergartenstrasse - Postulat «Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Joel Bühler der SP-Fraktion  
2019/131  
*Vertagung wegen Zeitmangel.*
13. Winterdienst - Interpellation «Winterdienst - höhere Priorität für den Langsamverkehr» von Joel Bühler der SP-Fraktion und Dominik Beerler der Grünen Fraktion  
2019/132  
*Vertagung wegen Zeitmangel.*

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur dritten Sitzung im Kalenderjahr 2019.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidium**

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Stadtrat Franz Kaufmann ist an der heutigen Sitzung nicht präsent. Seine Geschäfte werden von dessen Stellvertreter Daniel Muri vertreten.  
Stadträtin Regula Nebiker muss die Ratssitzung um 18.30 Uhr verlassen und deren Geschäfte werden danach von Stellvertreterin Marie-Theres Beeler vertreten.
- Ratsmitglied und BPK-Präsident Thomas Eugster (FDP) musste sich ebenfalls für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Die Geschäfte und Kommissionsberichte der BPK werden von BPK-Mitglied Markus Rudin (SVP) vorgestellt bzw. vertreten, da sich auch BPK-Vizepräsident Patrick Mägli (SP) kurz vor der Sitzung entschuldigen lassen musste.
- Das Büro hat formell den Amtsbericht 2018 (Nr. 2019/128) an die GPK zur Vorberatung überwiesen.
- Den Ratsmitgliedern sind die Einladungen zum Einwohnerratsausflug vom 17. Mai 2019 sowie das Amtsjahr-Schlusssessen vom 26. Juni 2019 als Tischpapiere verteilt worden. Es wird um Rückmeldungen bis 10. Mai 2019 bzw. 22. Mai 2019 gebeten.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- Vorlage Nr. 2019/35 (Entwurf)
- Einladungen zu Einwohnerratsausflug vom 17. Mai 2019 und Amtsjahr-Schlusssessen vom 26. Juni 2019

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Flohmarkt - Interpellation von Dominik Beeler der Grünen Fraktion betreffend dem Flohmarkt in Liestal (Nr. 2019/135)

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP)     | Seite A (SP, GL)                       |
| - Imsand Bruno (FDP)     | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Zumsteg Hanspeter (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass am 09. April 2019 das Bundesamt für Verkehr den SBB-Vierspurausbau genehmigt hat. Mit den Bauarbeiten wird somit im Sommer 2019 begonnen.

## **Traktandenliste**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass betreffend der Traktandenliste keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig, dass die traktandierten Geschäfte gemäss Einladungsschreiben vom 27. März 2019 behandelt werden.

**213 0.01.011.01 Einwohnerrat**

- 1. Entschädigungsreglement - Motion der Geschäftsprüfungskommission (GPK) betreffend Änderung des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen (142.1) im Zusammenhang mit der Stadtratsentschädigung; Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (Nr. 2017/49)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt den GOR-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/49b kurz vor: Auch er hofft, dass das Dauerbrenner-Geschäft nun an der heutigen Sitzung abgeschlossen werden kann. Die Entschädigung des Stadtrates wird nie marktgerecht sein, da bei diesem Mandat doch noch bis zu einem gewissen Grad etwas Freiwilligenarbeit eingeschlossen ist. Hingegen soll die Entschädigung nicht so tief angesetzt werden, dass sie nicht dem Wert der geleisteten Arbeit entspricht oder Leute gar daran hindern könnte, aus rein finanziellen Gründen ein Stadtratsmandat übernehmen zu können, da die Lohneinbusse zu gross wäre. Von der GOR wurden Vergleiche mit anderen Gemeinden in der Nordwestschweiz angestellt, doch sind solche äusserst schwierig. Die GOR ist aber zur Überzeugung gelangt, dass sich die heutige Entschädigung des Stadtrates Liestal bereits im oberen Bereich bewegt. Ein wesentlicher Punkt ist auch die Stellenprozent-Frage bzw. die darin enthaltenen Stundenaufwendungen. Bei der Detailberatung sind noch ein paar Dinge aufgefallen, welche man schlussendlich in den formulierten Anträgen berücksichtigte, wie sie auf Seite 8 des GOR-Berichtes formuliert sind. Der Antrag für die Abschreibung der GPK-Motion Nr. 2017/49 ist vom Stadtrat und auch der GOR vergessen worden, doch wird dieser formelle Antrag noch vom Büro gestellt.

Lorenz Holinger (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion würde es begrüessen, wenn das Geschäft an der heutigen Sitzung endlich beschlossen und verabschiedet werden könnte. Die Fraktion wird allen Anträgen der GOR zustimmen, obwohl man den dritten Antrag unnötig findet.

Bernhard Bonjour (SP) legt dar, auch die SP-Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Es ist wichtig, dass auch Arbeiten für das Gemeinwesen anständig entschädigt werden, zumal auch bei den neuen erhöhten Entschädigungen nach wie vor einiges an Freiwilligenarbeit inbegriffen ist. Wichtig ist auch, dass vom Stadtrat 1 Jahr vor Beginn der neuen Amtsperiode Bericht und Antrag betreffend der Stadtratsentschädigung unterbreitet werden.

Nathalie Oberholzer (GL) weist darauf hin, dass die Aufgaben der Stadtratsmitglieder in den letzten Jahren zugenommen haben und diese werden wohl auch künftig eher zu- als abnehmen. Die vorgeschlagene Erhöhung der Entschädigung ist angemessen und ihre Fraktion wird die GOR-Anträge unterstützen.

Max Schäublin (FDP) unterstützt die Voten der Vorredner und informiert darüber, dass die FDP-Fraktion ebenfalls den GOR-Anträgen zustimmen wird. Auch ist man der Meinung, dass die Arbeiten der Stadtratsmitglieder die bezifferten Stellenprozente wohl um einiges übersteigen. Die Entschädigungsanpassung ist eine Wertschätzung und so soll es auch keine Rolle spielen, ob ein Departement wichtiger und/oder aufwändiger als ein anderes Departement ist.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) äussert, auch die Mittefraktion schätze den Einsatz der Stadtratsmitglieder. Liestal hat aber nun doch eine grosse Verschuldung und der Schuldenberg wird weiter anwachsen, welchen wir auch unseren Nachkommen hinterlassen. Aus diesem Grund könnte doch der Stadtrat auf eine Entschädigungserhöhung verzichten, da die

Entschädigung ja bereits heute gut ist. Dies wäre auch ein gutes Signal gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Und sollte die Entschädigungserhöhung doch beschlossen werden, so sollte dies zumindest im Budget des Folgejahres veranschlagt werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, es sei schon ein heikles Thema, wenn man über den eigenen Lohn reden und Lohnerhöhung beantragen muss. Der GOR-Antrag betreffend den künftigen Antragsstellungen durch den Stadtrat hinsichtlich der künftigen Überprüfung der Mandatsentschädigung ist ja auch nicht so neu und schon in früherer Zeit bereits thematisiert worden. Gut ist jedoch, dass die Zuständigkeitsfrage nun klar geregelt wird und der Stadtrat wird frühestens in 4 Jahren einen diesbezüglichen Antrag stellen. Etwas anders in Zahlen gefasst, möchte er doch feststellen, dass Liestal zwischenzeitlich rund 14'500 Einwohner zählt, man 16'000 Arbeitsplätze in Liestal hat, ein Budget von 75 Mio. Franken verwaltet, rund 40 Quartierpläne sind aktuell in Bearbeitung usw. Das Stadtrat-Pensum kann auch schwer beziffert werden, denn eigentlich ist man selbst bei den Einkäufen, an der Fasnacht usw. als Stadtrat unterwegs und wird gar beim jäten im Garten als Stadtrat angesprochen. Bei diesem Amt ist man immer im Fokus der Öffentlichkeit und die Arbeit darf doch nicht alleine an den Inputs gemessen werden. Die grosse Herausforderung bei diesem Mandat ist die erwartete hohe Flexibilität sowie fast permanente Verfügbarkeit. Die Wertschätzung eines grossen Teils des Einwohnerrates freut ihn deshalb schon und wird den Stadtrat weiterhin motivieren.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die Anträge gemäss GOR-Vorlage Nr. 2017/49b beschliessen lässt.

Da vom Stadtrat und auch von der GOR kein entsprechender Antrag vorliegt, stellt das Büro den formellen Antrag, dass die Motion Nr. 2017/49 als erfüllt abgeschlossen wird.

- ://: Der Erhöhung der Stadtratsentschädigung um CHF 10'000.-- resp. CHF 5'000.-- gemäss Vorlage 2017/49a mit entsprechender Änderung von § 3 Abs. 1 des Entschädigungsreglementes wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen zugestimmt.
- ://: Mit 28 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen wird § 3 Abs. 1 des Entschädigungsreglementes rückwirkend per 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt.
- ://: Der Rat beschliesst mit 28 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung die Neuformulierung von § 3 Abs. 4 des Entschädigungsreglementes (*Der Stadtrat hat spätestens ein Jahr vor Beginn der neuen Amtsperiode dem Einwohnerrat eine Vorlage auf Überprüfung der Mandatsentschädigung zu unterbreiten.*) und stimmt den weiteren Reglementsänderungen gemäss Antrag und stadträtlichen Vorlage des Stadtrates Nr. 2017/49a zu.
- ://: Einstimmig werden die Reglementsänderungen mit Ausnahme von § 3 Abs. 1 per 1. Juli 2020 in Kraft gesetzt.
- ://: Die Stadtratsentschädigungen für die Amtsperiode 2020-2024 werden mit 30 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen wie folgt festgesetzt:
- CHF 100'490.00 für das Stadtpräsidium
  - CHF 50'550.00 für das Vizepräsidium
  - CHF 41'940.00 für die übrigen Stadtratsmitglieder
- ://: Der Antrag des Ratsbüros für die Abschreibung der Motion Nr. 2017/49 wird einstimmig genehmigt und die Motion als erfüllt abgeschlossen.

**214 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Entwicklungs- und Finanzplan 2019-2023 (Nr. 2018/114) - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO), Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt werden soll:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2018/114a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2018/114b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2018/114c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

**a) Eintreten**

Ratspräsident Peter Küng (SP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

**b) Bericht FIKO (Nr. 2018/114a)**

Fabian Eisenring (SP) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2018/114a: Der Stadtrat setzt sich weiterhin für den Erhalt und die Förderung der Attraktivität Liestals ein, was ja auch wichtig ist, denn sonst wären die Bemühungen für einen Bevölkerungswachstum wohl vergebens. Das Wachstum hat nicht nur Vorteile wie Steuermehreinnahmen etc., sondern hat auch grössere Kostentreiber für die Schaffung von zusätzlichem Schulraum usw. zur Folge. Bezüglich dem Bevölkerungswachstum wurden der FIKO zwei Szenarien präsentiert, hatte sich dieser doch nicht gemäss früheren Annahmen und Prognosen entwickelt. Nebst der Wachstumsstrategie hatte sich die FIKO weiteren Schwerpunkttemen wie dem Finanzierungskonzept und den Folgen der Ausgleichsinitiativen-Abstimmung gewidmet, was im Kommissionsbericht erörtert wird. Auch ist sich die Kommission einig, dass die Wachstumsstrategie nicht gebremst werden soll, dennoch sollen beispielsweise die Quartierplanungen gewissenhaft geprüft werden. Die geleistete Arbeit des Stadtrates sowie der Verwaltung im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Planungsinstrumentes EP 2019-2023 wird verdankt und dem Rat die Zustimmung der stadträtlichen Anträge beantragt.

**c) Bericht BPK (Nr. 2018/114b)**

Markus Rudin (SVP) stellt wegen der Abwesenheit des Präsidenten und Vizepräsidenten der BPK als Kommissionssprecher kurz den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/114b vor: Der EP 2019-2023 ist an zwei Sitzungen im Beisein von Stadtratsmitgliedern sowie Bereichsleitenden besprochen worden. Von der BPK wird die Idee für die Schulraumerweiterung mittels Modulbauten unterstützt. Beim Tiefbau und Verkehr wird nun das Projekt SBB-

Vierspurausbau realisiert und mit den Bauarbeiten begonnen. Die Baukosten von Liestal im Zusammenhang mit diesem Projekt belaufen sich auf rund 11,5 Mio. Franken. Nebst dem Ausbau der Heidenlochstrasse, den Brückensanierungen und dem Parkleitsystem wird vom Kanton noch die Verkehrsführung bei der Rosenstrasse, Kasinostrasse und Kasernenstrasse neu geplant. Bei den Betrieben hatte man speziell den Unterhalt der Gemeindestrassen angeschaut. Der Zustand der Gemeindestrassen konnte in den letzten Jahren verbessert werden und für die Werterhaltung der bestehenden Strassen sind jährlich rund 2,5 Mio. Franken nötig. Projektskizzen für einen neuen Friedhof liegen vor, doch musste dieses Projekt aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden. Die BPK nimmt den Entwicklungsplan ebenfalls positiv zur Kenntnis und schlägt die Genehmigung der stadträtlichen Anträge vor.

#### **d) Bericht SBK (Nr. 2018/114c)**

Verena Baumgartner (GL) stellt als SBK-Präsidentin den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2018/114c vor: Die stadträtliche Vorlage ist an zwei SBK-Sitzungen beraten worden. In diesem Zusammenhang sind der Kommission auch die Controllinglisten des Jugendleitbilds, des Altersleitbilds und des Integration-Strategiepapiers erläutert worden. Im Bereich Bildung wird in diversen Belangen immer mehr Flexibilität verlangt. Mögliche Änderungen im Zusammenhang mit der neuen kantonalen Regelung betreffend der Speziellen Förderung können wohl erst nach Vorliegen des Kantonsentscheides konkretisiert werden. Bei den Sozialen Diensten hatte man einen Einblick in die Beistandschaften der KESB bekommen, wo man in den letzten Jahren einen stetigen Anstieg der Kinderschutzmandate verzeichnen muss. Bei der Altersvorsorge ist man daran, zusammen mit weiteren 13 Gemeinden die Pflegeregion zu bilden, welche bis Ende 2020 umgesetzt werden muss. Die wichtigsten Erkenntnisse der SBK im Zusammenhang mit der Sichtung der verschiedenen Controllinglisten sind im Kommissionsbericht festgehalten. Die SBK empfiehlt ebenfalls einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

#### **e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat mit dem Entwicklungsplan aufzeigt, wohin es mit Liestal in den nächsten fünf Jahren gehen soll. Vom Stadtrat wird eingangs festgehalten, dass man in Liestal urban wohnen kann und im Grünen produktiv arbeiten kann. Das Wachstum und die Dynamik der letzten Jahre wird weiter anhalten, berücksichtigt man die laufenden und geplanten Projekte. Die vom Stadtrat definierten 14 Handlungsfelder sind mit strategischen Zielen unterlegt. Liestal ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und es stehen noch weitere grössere Projekte an, welche kurz- und mittelfristig realisiert werden. Der Fokus liegt auf verschiedenen Massnahmen und Projekten, welche sich positiv auf die Zukunft von Liestal auswirken werden. Auch sollen das Finanzvermögen und die öV-Anbindungen verbessert und gestärkt werden. Anhand der projizierten Folie "Annahmen Bevölkerungswachstum kumuliert" kann er darüber informieren, dass die Bevölkerung im vergangenen Jahr 2018 um 137 Einwohner zugenommen hatte, was doch deutlich über der Annahme von 70 zusätzlichen Einwohnern gemäss EP 2019-2023 liegt. Die Folgeeffekte sind verschiedentlich schon erörtert und diskutiert worden. Vermehrte Flexibilität in verschiedenen Belangen wird abverlangt. Und so sind beispielsweise die Forcierung von Modulbauten im Schulraumbereich sowie Etappierungen beim Rotackerschulhaus mögliche Lösungen, damit man auf die laufenden Veränderungen reagieren kann, welche dann auch noch finanziell tragbar sind. Der Bauboom wegen der Niedrigzinsphase kann auch Nachteile haben und so schaut der Stadtrat beispielsweise bei künftigen Quartierplanungen vermehrt darauf, dass diese auch qualitativ genügen und dass beispielsweise sich die Investoren an den Infrastruktur-Folgekosten beteiligt werden. Der Stadtrat dankt dem Einwohnerrat und den vorbereitenden Kommissionen für die gute Aufnahme des Entwicklungsplanes 2019-2023.

**f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

Benjamin Holinger (GL) erklärt, seine Fraktion werde den Anträgen zustimmen und finde den Entwicklungsplan ein sehr gutes und informatives Planungsinstrument. Dieser ist sehr umfangreich und verfügt über einen hohen Detaillierungsgrad. Die Details sind nachvollziehbar, bewegen sich aber teilweise doch auch im Bereich der trügerischen Scheingenaugigkeit. Der Entwicklungsplan basiert auf Prognosen und diese können halt einfach nicht beeinflusst werden. So könnte beispielsweise die bevorstehende Abstimmung über die Steuer- und AHV-Vorlage den Aufwärtstrend massiv ausbremsen. Der Stadtrat ist daran, sich mit den definierten 14 Handlungsfeldern Freiräume schaffen zu können, was in dem momentanen schwierigen Umfeld gar nicht einfach ist. Das Finanzvermögen der Stadt Liestal muss unbedingt gestärkt werden. Im Entwicklungsplan kommt das Wort Klima nicht vor, obwohl beispielsweise das Militär in den letzten Tagen übte, wie man die Bevölkerung in einem Hitzesommer mit Wasser versorgen kann. Die möglichen Folgen des Klimawandels sowie diesbezüglichen kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen werden vom Stadtrat nicht aufgezeigt. Thematisiert wird zwar das Grünflächenkonzept, doch dieses ist ohne Mittel ausgestattet, was seine Fraktion schon etwas nachdenklich stimme. Mit der verabschiedeten Klima-Resolution kann man nun doch die Vision für das Wohnen im Grünen von Liestal mit Mittel und Strategien versehen.

Markus Rudin (SVP) nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und kann dieses in vielen Belangen unterstützen. Hinsichtlich der Militärübung muss er jedoch berichtigen, dass es dabei um die Löschung eines Waldbrandes und nicht um die Wasserversorgung der Bevölkerung ging. Die SVP-Fraktion wird die Anträge des Stadtrates und der Kommissionen unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) bemerkt, dass die 14 definierten Handlungsfelder seine Fraktion doch positiv stimmen. Er selbst hatte ja vor ein paar Jahren hinsichtlich der prognostizierten Bevölkerungszunahme einmal gesagt, dass man wohl bald das Lied "Grosser Ott wir loben dich" anstimmen könne, doch zwischenzeitlich habe man diese Gesangsproben eingestellt, da die Bevölkerung doch nur in einem normalen Mass zunehme. Wenn man den Entwicklungsplan liest, sollte man sich nicht in den Details verlieren, sondern auf die Hauptlinien fokussieren. Es ist wichtig, dass man reagiert und nicht agiert, weshalb der Stadtrat verschiedene Handlungsoptionen haben sollte. Das aktive und proaktive Angehen der Probleme durch den Stadtrat wird befürwortet und auch dessen Anträge von seiner Fraktion einstimmig unterstützt.

Pascale Meschberger (SP) legt dar, auch die SP-Fraktion habe sehr wohlwollend vom Entwicklungsplan und den Kommissionsberichten Kenntnis genommen. Trotz knappen finanziellen Ressourcen macht man das Beste daraus und es passiert einiges in Liestal. Der direkte Nutzen und Vorteil der Wachstumsstrategie wird in ihrer Fraktion nicht so hoch eingeschätzt, doch mit einem umsichtigen Handeln wird man die gesteckten Ziele dennoch erreichen können. Auch ihre Fraktion wird den Stadtratsanträgen zustimmen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) führt aus, er habe als Nachfolger von Einwohnerrat Gerhard Schafroth ein schwieriges Erbe anzutreten, hatte sich dieser zu Finanzvorlagen meist kritisch geäußert. Dem Stadtrat möchte er für den ausgearbeiteten Entwicklungsplan doch ein Kränzlein winden, denn es ist wirklich ein sehr gutes und aussagekräftiges Planungsinstrument. Auch die Fragen der FIKO-Mitglieder wurden zur Zufriedenheit beantwortet. Natürlich ist die stadträtliche Vorlage zwischenzeitlich auch schon wieder etwas veraltet und so ist beispielsweise die Klimapolitik darin nicht thematisiert, welcher künftig bei allen Geschäften die gebührende Beachtung zu schenken ist. Liestal wird sich bis zu einer Summe von rund 61 Mio. Franken verschulden und darüber muss man sich immer wieder bewusst werden, bevor man weitere Investitionskredite usw. bewilligt. Es ist enorm wichtig, dass wir die ganzen Kostenfolgen und Schulden nicht aus den Augen verlieren. Und dem

Schuldenabbau sollte bei den künftigen Entwicklungsplänen noch mehr Beachtung geschenkt werden. Die Finanzlage Liestal muss langfristig stabil und gesund sein, ansonsten würden wir den nächsten Generationen einen grösseren Schuldenberg überlassen.

#### **g) Einzelredner: Stellungnahmen**

Beat Gränicher (SVP) erklärt, dass er sich wegen einem fraktionsinternen Kommunikationsproblem nicht wie geplant als Fraktionssprecher äussern konnte, doch als Einzelsprecher kann er bestätigen, dass die SVP-Fraktion den beiden stadträtlichen Anträgen zustimmen wird. Der EP 2019-2023 ist von 3 Kommissionen vorberaten und deren Fragen beantwortet worden. Der Entwicklungsplan ist übersichtlich, gut leserlich sowie aussagekräftig und für die permanenten qualitativen Verbesserungen in den letzten Jahren dankt seine Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung bestens.

Bernhard Bonjour (SP) macht bezüglich der Schulraumplanung darauf aufmerksam, dass die Architektur von Schulhäusern auch Pädagogik ist. Und deshalb sollte die Planung und Gestaltung von Schulhäusern nicht alleine den Architekten und der Verwaltung überlassen werden, sondern in einem möglichst frühen Stadium bereits die Lehrerschaft bzw. die Kollegien mit einbezogen werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf verschiedene vorgängige Voten und führt aus, dass ihm die Problematik bei den Schulhaus-Bauten durchaus bekannt ist. So wurde in einer anderen Gemeinde ein neues Schulhaus als architektonisches Meisterwerk beurteilt, doch schlussendlich musste dieses wieder mit alten Schulbänken ausgestattet werden, weil das Geld für neues Mobiliar nicht mehr gereicht hatte. Und bei den für die späteren Jahre beziehungsweise ab 2024 eingestellten Investitionen von rund 50 Mio. Franken handelt es sich um vorsorglich eingestellte Investitionen, die nicht unbedingt anfallen müssen. Auch dem Stadtrat ist das Klima ein wichtiges Anliegen, obwohl diesem im EP 2019-2023 kein Berichtspunkt gewidmet ist. In diesem Zusammenhang möchte er festhalten, dass die Stadt selbst praktisch keine eigenen Grünflächen besitzt und so kann der Stadtrat beispielsweise bei Überbauungen lediglich dafür schauen, dass nicht alles zubetoniert wird. Bezüglich der Finanzvermögensstrategie ist der Stadtrat bemüht, verschiedene Handlungsspielräume zu schaffen. Der Entwicklungsplan enthält viele Prognosen und auch nach einem Blick in die Glaskugel wird man wohl nicht Konkretes über Entwicklungen der Zukunft wissen. Dem Stadtrat ist es viel wichtiger, dass er weiss und versteht, welche Hebel was bewegen werden können.

#### **h) Anträge**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr aus der Ratsmitte angemeldet werden. Die stadträtlichen Anträge werden von allen 3 Kommissionen unterstützt.

://: Der Rat nimmt mit 30 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen den Entwicklungs- und Finanzplan 2019-2023 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Vom Stellenplan wird einstimmig Kenntnis genommen.

**215 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Heidenlochstrasse - Bau- und Strassenlinienplan, 1. Lesung (Nr. 2019/126)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist. Gemäss § 78 des ER-Geschäftsreglementes ist das Geschäft zweifach zu beraten. Das heisst, dass über die Anträge erst nach der zweiten Lesung an der nächsten Ratsitzung vom 22. Mai 2019 abgestimmt wird. Allfällige Anträge sollten aber dennoch bereits an der heutigen Sitzung thematisiert werden. Da heute keine Entscheide zu fällen sind, können sich die Ratsmitglieder nun inhaltlich zu beiden Traktanden 3 und 4 gesamthaft äussern.

Markus Rudin (SVP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2019/126a und Nr. 2019/127a als Kommissionsvertreter vor: Die zwei Stadtratsvorlagen sind an einer Sitzung im Beisein von Sachverständigen beraten worden. Die Sanierung der Heidenlochstrasse war bereits früher geplant, ist dann aber an der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 abgelehnt worden, was vor allem auf die Anwänderbeiträge zurückzuführen war. Der Ausbau und die Sanierung der Heidenlochstrasse mit neuen Werkleitungen ist nun angesichts der verschiedenen grösseren Überbauungen im Heidenlochquartier unumgänglich. Der vordere Teil ist als Sammelstrasse geplant und der hintere Teil in Richtung Lausen als Erschliessungsstrasse. Die Strasse wird deutlich schmaler als beim früheren Projekt aus dem Jahre 2006 und doch sollten sich die Linienbusse auch noch an der schmalsten Stelle kreuzen können. Die Strasse wird mit einem Trottoir für die Fussgänger ergänzt und auf der ganzen Strasse soll Tempo 30 gelten, weshalb auch kein Velostreifen auf der Strasse signalisiert wird, obwohl es sich um einen kantonalen Veloweg handelt. Nur mit Tempo 30 kann die neue Heidenlochstrasse auch sicher betrieben werden. Die öV-Bushaltestellen sind im Bericht umschrieben und man nimmt positiv zur Kenntnis, dass es zu einer Taktverdichtung kommen wird. Beim überarbeiteten und nun vorliegenden Projekt werden keine Anwänderbeiträge mehr erhoben, weil diese in rechtlicher Hinsicht gar nicht mehr zulässig sind. 33 Parzellen sind von den Landabtretungen betroffen, doch sollten die Landerwerbsverhandlungen unproblematisch sein. Die BPK beantragt dem Rat, den stadträtlichen Anträgen im Zusammenhang mit den Vorlagen Nr. 2019/126 und Nr. 2019/127 zuzustimmen.

Bruno Imsand (FDP) erklärt, dass er persönlich doch auch froh über den Bau der neuen Heidenlochstrasse froh ist, da diese nach Abschluss der verschiedenen Überbauungen wesentlich mehr benutzt werden wird, als dies heute der Fall ist. Mit der besseren Bus-Taktverdichtung und besseren öV-Anschlüssen werden dann hoffentlich auch viele Anwänder und neuen Einwohner ihre Auto vermehrt oder ganz zu Hause lassen. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Reto Derungs (SP) erklärt, auch seine Fraktion wird den Anträgen der BPK und des Stadtrates zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert, die Mittefraktion freue sich darüber, dass die Heidenlochstrasse endlich neu gebaut werde und so wird man auch die Anträge unterstützen. Das Bauprojekt löst grössere Investitionskosten aus, doch profitieren alle Strassenbenützer und Anwänder sowie viele Einwohner des dortigen Wohngebietes davon. Die Heidenlochstrasse ist wichtig, dass man in ein wichtiges und geschätztes Naherholungsgebiet kommt. Auch mit Tempo 30 sowie weiteren baulichen Massnahmen und besseren öV-Anbindungen findet das Projekt voll und ganz die Zustimmung ihrer Fraktion. Auch unterstützt man das Geschäft im Rahmen der notwendigen Volksabstimmung im Herbst 2019.

Dominik Beeler (GL) informiert, dass seiner Fraktion die Sicherheit auf der kantonalen Velo-route über die Heidenlochstrasse wichtig ist und diese sollte mit Tempo 30 gewährleistet sein. Erfreut hat man auch vom erstmals aufgetauchten Absatz Nachhaltigkeit in einer stadt-rätlichen Vorlage Kenntnis genommen. Dieser sollte jedoch mit Inhalt gefüllt werden und dar-in nicht einfach über Dinge berichtet werden, welche man so oder so gemacht hätte. Die BPK-Anträge werden unterstützt.

Markus Rudin (SVP) bemerkt als SVP-Fraktionssprecher, dass auch seine Fraktion positiv und zustimmend vom Projekt sowie den Anträgen Kenntnis nehme. Leider gibt es keinen anderen Ausweg aus dem Quartier ausser der Heidenlochstrasse und der ganze Verkehr führt beispielsweise zu langen Wegen von und nach Lausen.

Benjamin Holinger (GL) meint bezüglich dem Zeitpunkt der Strassenbauarbeiten, dass man den Abschluss der ganzen neuen Wohngebiete abwarten sollte, denn sonst dürfte die neue Heidenlochstrasse schon alleine wegen dem Baustellenverkehr wieder beschädigt werden.

Stadtrat Daniel Muri hält stellvertretend für den abwesenden Departementsvorsteher fest, dass von den Vorrednern und Fraktionssprechern bereits das Wichtigste gesagt wurde und er nicht mehr alles wiederholen möchte. Das Bauprojekt hat nach dem ablehnenden Ent-scheid im 2007 gegenüber dem nun heute vorliegenden Projekt doch einige Vorteile bezüg-lich der Sicherheit, den öV-Anschlüssen, wegfallenden Anwänderbeiträgen usw. erfahren. Der Baubeginn für die neue Heidenlochstrasse wird sicher auf den Stand und den Fortschritt der laufenden Bauarbeiten im betreffenden Quartier abgestimmt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden. Das Geschäft wird am 22. Mai 2019 nochmals bera-ten.

*Abstimmung über Anträge nach der 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung.*

**216 0.01.011.01 Einwohnerrat**

- 4. Heidenlochstrasse - Kredite für Strassenausbau (TCHF 2'500), Wasserversorgung (TCHF 630), Abwasserbeseitigung (TCHF 400) und Landerwerb (TCHF 625); Vorlage Nr. 2019/127 - 1. Lesung**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft nicht bestritten wird.

Die Vorlage untersteht dem obligatorischen Referendum, weshalb diese zweifach beraten werden muss. Nach der 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 22. Mai 2019 wird über die Anträge abgestimmt.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass die Vorlage Nr. 2019/127 bereits beim vorgängigen Traktandum thematisiert wurde und keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

*Abstimmung über Anträge nach der 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung.*

**217 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Werkhof-Zusammenarbeit - Bericht Stadtrat zum Postulat «Werkhof - Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden und der Bürgergemeinde» von Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2015/2016)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich der Postulant zum stadträtlichen Schlussbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/216b äussern möchte.

Dominique Meschberger (SP) dankt stellvertretend für den Postulanten dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht zum Vorstoss. Dieser ist ernüchternd, doch kann man diesem auch Positives entnehmen. So hatte man sich mit der Bürgergemeinde zumindest über mögliche weitere Zusammenarbeit unterhalten und einige Aufgaben werden ja bereits zusammen erledigt. Für eine weitere Zusammenarbeit in anderen Bereichen ist die Zeit anscheinend noch nicht reif und aus städteplanerischen Gründen könnte beispielsweise die Zusammenarbeit der beiden Werkhöfe durchaus einmal anders aussehen. Erfreut hat man von der bereits existenten Erfahrungsaustauschgruppe sowie gemeinsamen Schulungen mit anderen Gemeinden Kenntnis bekommen. Die Studie regt ja auch an, dass Liestal noch Arbeiten von anderen Gemeinden übernehmen könnte, was aber aktuell wohl kaum konkreter thematisiert werden dürfte, da kein Bedarf vorhanden ist. Der Postulant Patrick Mägli und auch die SP-Fraktion können der beantragten Postulatsabschreibung zustimmen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt den Verwaltungen der Stadt und der Bürgergemeinde sowie dem Stadtrat für die Ausarbeitung des vorliegenden Abschlussberichtes. Liestal ist in der komfortablen Situation mit zwei Gemeinwesen mit jeweils klar zugewiesenen Aufgabebereichen. Die Stadt finanziert ihre Aufgaben mit Steuereinnahmen, was die Bürgergemeinde betriebswirtschaftlich mit ihren verschiedenen Geschäftstätigkeiten tut. Für all die verschiedenen Aufgabebereich braucht es speziell ausgebildetes Personal, spezielle Einrichtungen und Maschinen, damit die Aufgaben kompetent ausgeführt werden können. Die Zusammenarbeit der beiden Gemeinwesen ist nichts Neues. Er möchte nicht im Detail auf die einzelnen Punkte des stadträtlichen Berichtes eingehen und vielmehr in seinem Fazit festhalten, dass trotz dem sehr grossen Aufwand beider Gemeinden keine neuen Erkenntnisse aufgetaucht sind. Diese Übung war absolut unnötig und es wurden viele Ressourcen und finanziellen Mittel aufgewendet. Die SVP-Fraktion wünscht sich vom Stadtrat eine Vollkosten-Offenlegung für die Beantwortung dieses Vorstosses, denn es interessiert schon, wie viele Steuergelder für die Postulatsbeantwortung verwendet wurden, da ja offensichtlich gar ein Nachtragskredit benötigt wurde. Seine Fraktion wird den beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen, erwartet aber die vom Stadtrat erwartete Vollkosten-Offenlegung.

Karin Jeitziner (FDP) meint, sie könne einige Aussagen ihres Vorredners unterstützen. Sie ist ebenfalls der Meinung, dass die Zusammenarbeit der beiden Werkhöfe sehr gut funktioniere. Sie wird sich nicht dazu äussern, ob das Postulat beziehungsweise der Aufwand für die stadträtliche Beantwortung nun nötig oder unnötig war. Die FDP-Fraktion wird auf jeden Fall den beiden Anträgen zustimmen.

Lisa Faust (GL) führt aus, dass auch ihre Fraktion davon Kenntnis nehme, dass die Zusammenlegung der beiden Werkhöfe im Moment noch keine Option sei. Auch sollten mögliche weitere Zusammenarbeiten gesucht und umgesetzt werden. In ihrer Fraktion hatte man sich ebenfalls darüber unterhalten, in welchen Fällen man externe Gutachten für die Beantwortung eines Vorstosses in Auftrag geben soll bzw. welche Kriterien im Zusammenhang mit solchen Auftragserteilungen gelten sollen.

Benjamin Holinger (GL) führt aus, dass beim Vorstoss die Bürgergemeinde und auch die Stadt betroffen ist. Zwei Vorredner sind nicht nur im Einwohnerrat, sondern auch im Bürgerat vertreten. Er wünscht sich deshalb schon etwas mehr Feingefühl, wenn es bei der Bestimmung der Fraktionssprecher darum geht, wer sich dann bei der Durchmischung von Ämtern hier im Rat zu Geschäften der Stadt äussert.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die doch meist gute Aufnahme des Schlussberichtes hier im Rat. Die Studie ist in Auftrag gegeben worden, damit eine Ressourcenuntersuchung beider Gemeinde möglich war. Diese Abklärungen hatten länger gedauert, weshalb auch erst jetzt ein Bericht zum Vorstoss aus dem Jahre 2015 vorgelegt werden konnte. Es wurden verschiedene Strategien untersucht und man ist zum Schluss gekommen, dass man weiterhin dort zusammenarbeiten möchte, wo dies möglich ist. Sei dies nun durch die beiden Werkhöfe, Vertretungen der Stadt und auch Bürgergemeinde in der Landschaftskommission, Unterstützungen und gemeinsame Schulungen zusammen mit Nachbargemeinden usw. Der Vorstoss und die anschliessenden Abklärungen sind sicher ein sekundärer Gewinn für alle Beteiligten, obwohl man beispielsweise noch keine Werkhöfe fusioniert usw. Die Ausführung von Arbeiten der Nachbargemeinden durch die Stadt Liestal sind halt oft auch deshalb nicht möglich und sinnvoll, weil beispielsweise eine gleichzeitige Schneeräumung in mehreren Gemeinden nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Bezüglich einer vermehrten Zusammenarbeit hat bestimmt eine Sensibilisierung statt gefunden, was beispielsweise bei künftigen Materialanschaffungen usw. von Nutzen sein dürfte. Für ein zügeln oder gar eine Zusammenlegung von Werkhöfen wären noch städteplanerische Optionen nötig, doch liegt keine Dringlichkeit vor und solche Bestrebungen werden gemäss vorliegendem Bericht auch nicht angestrebt.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt die Frage, ob der Wunsch für eine Vollkosten-Offenlegung nun noch erfüllt werde oder nicht?

Stadträtin Marie-Theres Beeler äussert, dass die Vollkosten natürlich schon offen gelegt werden könnten, was im Stadtrat aber noch diskutiert werden muss. Sie macht aber bereits an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass der Auftrag an die beauftragte Firma vom Stadtrat und auch Bürgerrat erteilt wurden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) entgegnet, dass diese Aussage nicht ganz richtig ist. Der Studienauftrag ist nicht zusammen mit dem Einverständnis des Bürgerrates erteilt worden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler äussert, dass er damals noch Departementsvorsteher der Betriebe war. Der Vorstoss hatte zwei Projekte ausgelöst, bei welchen die Stadt und auch die Bürgergemeinde involviert waren. Er findet es etwas müssig, so lange nach der Auftragserteilung noch über die Zahlung des Studienauftrages diskutieren zu müssen, wurde doch beispielsweise eine Architekturausschreibung hier im Rat auch noch nie hinterfragt. In diesem Bereich braucht es Experten, denn es waren verschiedene Interviews mit verschiedenen Gemeinden, Evaluationen usw. nötig, welche nicht mit städteigenen Ressourcen hätten erledigt werden können, zumal dafür auch das nötige Wissen fehlte. Der Studienauftrag liegt in der Exekutiv-Kompetenz des Stadtrates.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom städträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2015/216b.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2015/216 als erfüllt abgeschrieben.

**218 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Verkehrserschliessung Liestal/Lausen - Bericht Stadtrat zu Postulat «Gemeindeübergreifende Verkehrserschliessung Liestal/Lausen» von Patrick Mägli der SP-Fraktion und Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion (Nr. 2017/37)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Dominique Meschberger (SP) dankt anstelle des abwesenden Postulanten Patrick Mägli für die Beantwortung des Postulates. Es ist ausserordentlich schade, dass die direkte Erschliessung zwischen Lausen und Liestal nicht möglich ist. Bereits bei der Beratung des heutigen dritten Traktandums wurde auf die unnötigen Umwege hingewiesen, welche wegen einer Abmachung der Gemeinde Lausen im Zusammenhang mit der Quartierplanung Cheddite nicht möglich ist. Der stadträtliche Bericht lässt den Eindruck entstehen, dass die Verkehrsanbindung an die Altmarktstrasse vom Stadtrat wohl kaum richtig geprüft wurde, was doch eine verpasste Chance sein dürfte. Ein kleiner Trost dürfte es sein, dass es einige Einwohner davon abhält, ihr Auto wegen der längeren und unnötigen Distanz einen Besuch in Lausen zu nehmen. Von der Aufhebung der Strassensperre hätten ja wohl insbesondere die Lausener profitieren können, doch diese lehnten dies ab. Ein solch kleinräumiges Denken ist wohl kaum noch zeitgemäss. Erfreulich nimmt man zur Kenntnis, dass es für das neue Einzugsgebiet neu einen Viertelstundentakt gibt. Der Postulant und auch die SP-Fraktion stimmen den stadträtlichen Anträgen zu.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält als Mitunterzeichner des Postulates fest, dass der Stadtrat den Vorstoss seriös geprüft hat und pragmatische Lösungen unterbreitet. Die Gemeinde Lausen hat ja die Sperrung der direkten Strassenverbindung zwischen Lausen und Liestal unterstützt und möchte die Sperrung nicht aufheben, obwohl damit das Strassennetz von Lausen eine Reduktion sowie Entlastung von rund 400 Motorfahrzeugen erfahren würde. Die Sperrung kann höchstens als zusätzliche Sicherheit für die Velofahrer auf der kantonalen Radroute der Heidenlochstrasse bezeichnet werden. Die im Postulat vorgeschlagenen Punkte sowie Massnahmen werden umgesetzt beziehungsweise sind zweckmässig. Er und die Grüne Fraktion werden den beiden Stadtratsanträgen zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) stellt fest, dass zwei der drei Forderungen der Postulanten mit der Realisierung der QP Cheddite und Heidenlochstrasse erfüllt werden. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat erfüllt ist und somit wird man den beiden stadträtlichen Anträgen auch zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, auch die Mittefraktion finde die unnötigen Umwege wegen der geschlossenen Strasse ebenfalls schade. Das Postulat und die anschliessend nochmals geführten Gespräche des Stadtrates mit der Gemeinde Lausen machten Sinn. Man wird den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, auch seine Fraktion bedaure die unglückliche Situation wegen der Strassensperre, doch hätte man eine anständige Erschliessung zwischen Lausen und Liestal schon unlängst in Angriff nehmen müssen. Eine ähnliche Situation besteht ja auch zwischen Füllinsdorf und Liestal, wo man von Liestal aus im Gemeindegebiet Füllinsdorf kehren muss, um wieder in gewisse Strassen von Liestal gelangen zu können. Die vom Stadtrat aufgezeigten Varianten sind wohl die beste Lösung, obwohl diese halt teilweise ökologisch unsinnig sind. Vielleicht zeichnet sich mit der Zeit doch noch eine andere Lösung ab. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri hält stellvertretend für den abwesenden Departementsvorsteher fest, dass der Stadtrat der Meinung ist, dass nun Abmachungen, ob schriftlich oder per Handschlag, halt einfach einzuhalten sind, ob sie einem nun passen oder nicht. Und das gute Einvernehmen mit Lausen sollte nicht auf das Spiel gesetzt werden, nachdem der Rat doch dem Quartierplan Cheddite vor zwei Jahren zugestimmt hatte, obwohl die Strassensperrung-Problematik damals schon bekannt war.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom städträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2017/37a.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2017/37 als erfüllt abgeschrieben.

**219 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Waldpädagogisches Grundkonzept - Bericht Stadtrat zum Postulat «Prüfung eines waldpädagogischen Grundkonzeptes» von Natalie Oberdolzer der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Bruno Imsand der FDP-Fraktion sowie Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2018/97)**

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Postulanten nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/97a äussern möchten.

Nathalie Oberholzer (GL) bemerkt als Postulantin fest, dass es immer wieder heisse, dass an den Schulen die Bewegung, Konzentration und Motivation gefördert werden soll. Gemäss heutigem bz-Bericht wird der Kanton Basel-Stadt Stehtische für die Schulen anschaffen, die wohl wie die früheren Sitzbänke nach kurzer Zeit schon wieder entsorgt werden müssen. Diese Medienmitteilung kommt ihr fast wie ein verspäteter 1. April-Scherz vor. Zum Glück denkt man in Liestal anders und zukunftsgerichteter. Anstelle teurer kurzlebiger Infrastrukturen, der Realisierung teurer Pausenplätze auf Halde usw. hat der Stadtrat erkannt, dass ein ausserschulischer Lernort doch einige Vorteile mit sich bringt. So kann beispielsweise im Wald die Wissensvermittlung gut mit Bewegung kombiniert und gefördert werden. Der Wald ist nicht nur eine Turnhalle, sondern bietet als Lernort noch viel mehr. Nebst dem klassischen Biologieunterricht ist auch ein bewegter Sprachunterricht oder anschaulicher Mathematikunterricht möglich, indem man beispielsweise Bäume ausmisst oder einen Holzvorrat berechnet. Draussen können auch sehr gut komplexe Zusammenhänge aufgezeigt und ein vernetztes Denken gefördert werden. Solche Kompetenzen, die Bildung einer nachhaltigen Entwicklung und ausserschulische Lernorte werden im Lehrplan 21 explizit gefordert. Ein gut ausgearbeitetes Grundkonzept für ausserschulischen Unterricht soll also konkrete Angebote für alle Stufen schaffen, um die Anforderungen des Lehrplan 21 erfüllen zu können. Gemäss stadträtlichem Bericht liegt ein solches Grundkonzept zwar noch nicht im Detail vor, doch dieses wird partizipativ noch erarbeitet. Dennoch kann man das Postulat heute abschreiben und den Anträgen des Stadtrates zustimmen, da dieses ja beim Schulleiter von Liestal in guten Händen liegt und auch im Entwicklungsplan 2019-2023 enthalten ist. Mit einem guten Konzept könnte Liestal ein gutes Vorbild für weitere Gemeinden werden und sich als innovativer Bildungsort einen Namen machen.

Dominique Meschberger (SP) stellt als Mitpostulatin und Fraktionssprecherin fest, dass auch die Grüne Fraktion die stadträtlichen Anträge unterstützt, obwohl man der Postulatsabschreibung im Moment noch nicht mit Begeisterung zustimmen kann. Sie stimmt ihrer Vorrednerin in allen Punkten zu. Sie selbst ist nach wie vor davon überzeugt, dass ein Waldspielkindergarten sehr viele Vorteile hat. Ein Kindergarten im Wald oder ganz einfach draussen sollte bei der Planung neuer Kindergärten im Vordergrund stehen. Der Auftrag an die Schulleitung ist erteilt und man möchte gerne mehr davon hören oder in einem nächsten Budget lesen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) dankt als Mitunterzeichnerin des Vorstosses für die gute Aufnahme im Stadtrat und Schulleitung sowie Berichterstattung. Auch die Mitfraktion wird den Anträgen zustimmen und ist gespannt auf die Projektumsetzung, kommt man damit doch etwas vom Kästchen-Denken weg, fördert dadurch das 3D-Verständnis der Schüler usw., was wiederum weitere positive Folgen mit sich bringt.

Bruno Imsand (FDP) dankt als Mitverfasser des Postulates für die gute Aufnahme des Vorstosses, in welchem es ja nicht alleine um Waldkindergärten, sondern um ein waldpädagogisches Grundkonzept für die Kindergärten und die Primarschulen geht. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen ebenfalls zustimmen.

Markus Rudin (SVP) kann sich als Mitpostulant den gemachten Aussagen der Vorredner ebenfalls anschliessen und darüber informieren, dass seine Fraktion der Postulatsabschreibung ebenfalls zustimmen wird, da ja die Begehren der Postulanten im Entwicklungsplan eingestellt sind. Er und vermutlich noch einige Ratsmitglieder hier im Saal können sich ja bestimmt noch gut an die früheren Monatswanderungen der Schulen in den Wald erinnern. Vom Stadtrat und der Schulleitung ist die Konzepterarbeitung ja bereits für das laufende Jahr in Aussicht gestellt und geplant worden.

Stadtrat Daniel Muri bemerkt, dass im Bildungsgesetz und im Lehrplan 21 die ausserschulischen Lernorte thematisiert werden. Einzelne Ratsmitglieder hatten in der Vergangenheit für einen Waldkindergarten in verschiedenen Gebieten wie Grammet, Fraumatt usw. plädiert. Und wenn man nun schlussendlich nur an einem Standort einen solchen Waldkindergarten anbietet, wäre das doch nicht gerecht gegenüber allen möglichen Interessenten im ganzen Gemeindegebiet. So wird beispielsweise die Standortfrage eine grosse Herausforderung bei der Konzepterarbeitung sein. Der Stadtrat und auch die Schulleitung haben den Anspruch, dass solche Angebote für alle zugänglich sein sollten. Bis zur Projektrealisierung steht es ja aber bereits heute den Lehrern frei, beispielsweise wieder einmal eine Monatswanderung zu machen.

Beat Gränicher (SVP) erstaunt es schon etwas, dass in der heutigen Zeit die Lehrer damit beauftragt werden müssen, mit den Kindern in den Wald zu gehen, weil dies die Eltern anscheinend nicht mehr tun.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft und dem Postulat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2018/97a Kenntnis.

://: Einstimmig schreibt der Rat das Postulat Nr. 2018/97 als erfüllt ab.

220 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. **Reklamereglement-Revision - Motion «Neuorganisation von Plakatieren vor eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen: Wildes Plakatieren macht wild, denn die Wahlplakate hängen überall» von Reto Derungs der SP-Fraktion (Nr. 2019/123)**

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Reto Derungs  
Einwohnerrat  
Fraktion SP

28. Dezember 2018

**Motion:**

**Neu Organisation von Plakatieren vor eidgenössischen, kantonalen und kommunale Abstimmungen: Wildes Plakatieren macht viele wild, denn die Wahlplakate hängen überall.**

*In Liestal wird der öffentliche Raum mit Hunderten von Abstimmungs- und Wahl-Plakaten verstellt. Bei nur vier Abstimmungen pro Jahr hängen die Plakate somit nämlich fast ein halbes Jahr in Liestal. Die vor ein paar Jahren eingeführten Frist von sechs Wochen für das Plakatieren vor den Abstimmungen und Wahlen hatte keine spürbare Reduktion der Plakatflut gebracht. Die Wahlplakate stören viele Einwohnerinnen und Einwohner. Eigentlich sollten wir doch zu unserem schönen Wohnort Liestal Sorge tragen und ihn nicht ständig mit aufdringlicher Werbung überschütten. Es gibt auch keine verlässlichen Studien, die belegen, ob solche Wahlplakate überhaupt einen Einfluss auf das Wahlverhalten der Stimmberechtigten haben.*

*In Allschwil wurde das Plakatieren bereits reglementiert. Die ersten Befürchtungen waren, dass dann - wenn weniger Plakate ausgehängt werden -, die Stimmbeteiligung zurückgehen wird. Das war nicht der Fall.*

*Damit die Parteien ihre Plakate aushängen können, stellt die Stadt Liestal an 8 - 9 noch zu bestimmenden Orten eine temporäre, einfache Wand zur Verfügung. Jede Partei erhält dort eine gleich grosse Fläche zur Verfügung, um vor der Abstimmung ihre Plakate anzubringen. Nach der Abstimmung wird die Wand wieder entfernt.*

*Der Stadtrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Reglementsänderung zu erarbeiten.*

Reto Derungs

\* \* \* \* \*

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält fest, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Es ist natürlich schon so, dass wild plakatiert wird. Wenn man die Stimmbeteiligung von rund 36 Prozent bei den vergangenen Landratswahlen vom 31. März 2019 anschaut, ist es halt schon wichtig, dass man genügend und vielseitig auf die politischen Grundrechte hinweist. Und eines der wichtigsten Werbemittel dafür sind schon die Abstimmungs- und Wahlplakate. Insbesondere kleinere Parteien können sich finanziell meist nur eine Werbung mit Plakaten leisten. Auch wäre es komisch und nicht ganz nachvollziehbar, wenn man mit Plakaten im öffentlichen Raum für Guggenparaden, Dorffeste usw. werben darf, den Parteien die Plakatwerbung für Abstimmungen und Wahlen verbieten würde.

Reto Derungs (SP) sagt als Motionär, dass sich in seinem Bekanntenkreis viele über die Wahlplakate aufregen, die überall und meist über mehrere Monate im Jahr aufgehängt werden. Wegen Sturm- und Vandalenschäden liegen dies meist schon nach kurzer Zeit während längerer Zeit als Unrat herum. Das wilde Plakatieren führt zwangsläufig zu Littering. An der letzten Sitzung wurde ein Postulat betreffend einem sauberen Liestal abgeschrieben und Ordnung im öffentlichen Raum wollen wir wohl alle haben. Von der EU sind Massnahmen im Zusammenhang mit dem Kunststoffmüll-Vermeidung beschlossen worden und in diesem Zusammenhang halte er fest, dass 1 Plakat aus Kunststoff der Menge von rund 120 Trinkhalmröhrli aus Plastik entspricht. Auch der Landrat hatte vor einer Woche über die Vermeidung von Plastikmüll diskutiert. Er freut sich auf eine lebhaftige Diskussion betreffend seiner Motion und möchte daran erinnern, dass der Einwohnerrat an seiner letzten Sitzung mit einer Resolution den Klimanotstand ausgerufen hatte.

Dominik Beeler (GL) bemerkt, dass sich seine Fraktion mit der Motion nicht anfreunden kann, obwohl die Verärgerung der Bevölkerung wegen der wilden Plakatiererei verstanden wird. Es gibt Parteien, die Wahl- und Abstimmungskämpfe mit viel Geld und auf vielfältige Art führen können. Hingegen sind Parteien mit kleineren Budgets auf Werbung mit den noch bezahlbaren Werbeplakaten angewiesen. Auch sind die bereits gemachten Erfahrungen derjenigen Gemeinden, welche bereits Werbeflächen für Plakate zur Verfügung stellen, nicht gerade überwältigend. Die von seiner Partei benützten Plakate sind nicht aus Plastik und können recycelt werden. Seine Fraktion wird die Motionsüberweisung nicht unterstützen.

Bruno Imsand (FDP) gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion einstimmig gegen die Überweisung ist. Bezüglich den Plakaten sollten alle gleich behandelt werden, denn es kann nicht sein, dass beispielsweise der Kaninchenzüchter-Verein überall Plakate aufhängen darf, den Parteien aber die Plakatwerbung verboten wird. Auch ist die Chancengleichheit bei den Parteien vorderhand nur dann gewahrt, wenn die Plakatwerbung nicht verboten wird.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt die Voten der Vorredner, denn länger und mehr fand der Vorstoss in seiner Fraktion keine Unterstützung mehr. Für Kleinparteien muss wichtige und günstige Plakatwerbung weiterhin möglich sein. Auch sind im Reklamereglement bereits wichtige Bestimmungen betreffend dem Aufhängen und der Demontage der Plakate usw. bereits enthalten. Die Parteien sollten sich halt auch wieder etwas mehr an der eigenen Nase nehmen und beispielsweise defekte Plakate ersetzen und entsorgen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) erklärt, sie habe der neue Vorstoss anfänglich auch nicht begeistert, ist die ganze Plakatiererei doch erst vor kurzer Zeit im Zusammenhang mit dem neuen Reklamereglement diskutiert und beschlossen worden. Bei den vergangenen Landratswahlen stellte sie dann fest, dass die Plakate doch viel Geld und auch Zeit kosten und diese Werbeaktion mit vielen Umtrieben verbunden ist. Die Mittefraktion findet die Grundidee von zentralen Plakatstellen gut und wird der Überweisung der Motion zustimmen. Verschiedene Detailfragen im Zusammenhang mit der Reglementierung und Umsetzung müssten dann gegebenenfalls noch thematisiert werden.

Michael Durrer (GL) merkt an, auch er habe durchaus gewisse Sympathien für die Motion. Wenn sich die eigenen Parteimitglieder und Wähler an ihren Plakaten nerven, steht es ja der Partei frei, auf das Plakatieren zu verzichten und andere Werbemittel zu gebrauchen oder vermehrt zu nutzen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) vermutet, dass wohl nicht alle den Motionsinhalt verstanden haben. Die EVP-Partei hatte ja bei den letzten Landratswahlen auf Plakate verzichtet und konnte dennoch ihre Sitzanzahl halten. Auch mit der Umsetzung der Motion würde man ja nicht gänzlich auf die Plakate verzichten, doch würden diese neu nur noch an zentralen Plakatstellen aufgehängt werden können. Dieser Vorschlag ist aus ihrer Sicht durch-

aus prüfenswert, doch sollte dies mit einem Postulat und nicht basierend auf einer verbindlichen Motion getan werden.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass sich auch die GLP gegen zu viele Gesetze ausspricht. Erfolgreich hatte er bereits zum zweiten Mal Karton-Plakate für Wahl- und Werbezwecke verwendet, womit auch kein Plastikabfall anfällt, da diese gar der Kartonabfuhr mitgegeben werden dürfen.

Dominique Meschberger (SP) hält fest, dass die APG-Plakatstellen bereits heute nur von den grossen finanzstarken Parteien genutzt und bezahlt werden können.

Michael Durrer (GL) erklärt, dass finanzschwache Parteien bei einer Umsetzung der Motion eine Gleichbehandlung mit den anderen Parteien erfahren würden, doch dann dürften die grösseren Parteien ihre finanziellen Mittel wiederum für andere Werbemittel einsetzen und schlussendlich und per Saldo alleine davon profitieren. Es sollte nach wie vor den Parteien überlassen bleiben, wie viele Plakate sie jeweils aufhängen dürfen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt die Frage, was man denn nun mit der Motion reglementarisch regeln möchte? Die Mittefraktion hatte sich aus finanziellen Gründen eingangs der heutigen Sitzung gegen den Entwicklungsplan ausgesprochen, jedoch sollen nun die Plakatflächen von der Stadt beschafft und unterhalten werden, was wiederum mit einem finanziellen Mehraufwand verbunden wäre. Und wer soll denn beispielsweise entscheiden, wie viele Plakate einer Partei in welcher Reihenfolge auf den öffentlichen Plakatflächen aufgehängt werden? Auch bezüglich der Materialbeschaffung der Plakate gibt es verschiedene Produkte auf dem Markt, welche mehr oder weniger umweltbewusst hergestellt wurden. Bezüglich dem Aushang der Plakate gibt es bereits genügend reglementarische Vorschriften, damit die Plakate beispielsweise genügend hoch montiert werden, damit keine Unfallgefahr für Fussgänger besteht.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Einwohnerrat wird die Motion Nr. 2019/123 mit 9 Ja-Stimmen gegen 24 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

**221 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Mailinglisten Protokollzustellung - Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2019/124)**

Das Verfahrenspostulat hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal  
Stefan Fraefel  
CVP/EVP/GLP-Fraktion

Liestal, 23. Januar 2019

**Verfahrenspostulat (§ 51 GR)**

**Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten**

Gemäss § 35 Abs. 3 Geschäftsreglement sind die ordentlichen Kommissionsprotokolle folgenden Personenkreisen zuzustellen:

- a. den Kommissions- und deren Ersatzmitgliedern;
- b. dem Ratspräsidenten oder der Ratspräsidentin;
- c. den Präsidenten oder Präsidentinnen der ständigen Kommissionen;
- d. dem Stadtrat;
- e. den Fraktionspräsidenten und der Fraktionspräsidentinnen;
- f. den übrigen Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmern;
- g. den übrigen Ratsmitgliedern im Einzelfall auf deren Verlangen.

Leider funktioniert dies immer mal wieder nicht, da je nach Kommission unterschiedliche Personen der Verwaltung mit der Zustellung des Protokolls betraut sind, wobei diese Personen wiederum von Hand eigene E-Mail-Verteiler erstellen. Aufgrund des vordefinierten Personenkreises und der technischen Möglichkeiten ist es jedoch ein Leichtes, vordefinierte Mailinglisten zu erstellen und diese zentral zu verwalten, wie es z.B. für den Stadtrat bereits existiert. Dann muss für jeden Personenkreis nur noch eine E-Mail-Adresse angegeben werden. Durch entsprechende Sicherheitseinstellungen ist ein effektiver Spamschutz möglich (z.B. Versand nur für Mitglieder der Verwaltung und Mitglieder der jeweiligen Mailingliste erlaubt). Dies würde der Verwaltung und den Einwohnerräten Arbeit abnehmen.

Wir ersuchen daher das Büro des Einwohnerrats in Zusammenarbeit mit dem Ratsschreiber zu prüfen, ob der Ratsschreiber oder ggf. der Stadtrat für folgende Personenkreise Mailinglisten der Stadt Liestal einrichten und zentral verwalten kann:

- für alle Einwohnerräte (z.B. [einwohnerrat@liestal.bl.ch](mailto:einwohnerrat@liestal.bl.ch))
- für alle Kommissionen sowie das Büro inkl. Ersatzmitglieder (z.B. [gpk@liestal.bl.ch](mailto:gpk@liestal.bl.ch), [fiko@liestal.bl.ch](mailto:fiko@liestal.bl.ch) etc.)
- für alle Fraktionspräsidenten (z.B. [frp@liestal.bl.ch](mailto:frp@liestal.bl.ch))
- ggf. weitere

Stefan Fraefel  
CVP/EVP/GLP

Michael Durrer  
Grüne Partei

Hanspeter Meyer  
SVP

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert darüber, dass von der Verwaltung bereits Abklärungen betreffend der Umsetzung des Vorstosses getroffen wurden und die Lösung vermutlich in den nächsten Tagen getestet und umgesetzt werden kann.

Gestützt auf § 51 des ER-Geschäftsreglementes schlägt das Büro dem Einwohnerrat vor, das Verfahrenspostulat an das Büro zu überweisen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) sagt als Postulant, dass im Jahr 1971 weltweit das erste E-Mail verschickt wurde und seit den 80er-Jahren gibt es Mailinglisten. Und im Jahr 2019 gibt jeder Protokollführer des Einwohnerrates Liestal mühsam jede Mail-Adresse einzeln ein, wenn er das Protokoll verschicken muss. Die Liste der Mailempfänger stimmt meistens auch nicht, weil die diesbezüglichen reglementarischen Bestimmungen nicht beachtet werden. Auch die Einwohnerratsmitglieder können den Stadtrat, die Fraktionspräsidenten usw. nicht mit einer Mailingliste anschreiben und müssen die Adressen einzeln eingeben, was nicht mehr zeitgemäss ist. Die wohlwollende Prüfung des Postulates ist ihm bereits signalisiert worden, doch gebe es technische Schwierigkeiten und man benötige externe Partner für die Pflege der Mailinglisten, was für ihn nicht ganz nachvollziehbar ist.

Michael Durrer (GL) führt als Mitunterzeichner des Postulates aus, dass es ihm wichtig ist, dass der Versand von Mails durch die Ratsmitglieder und auch die Verwaltung künftig einfacher werden sollte.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt als Mitpostulant mit, dass er sich den Voten der beiden Vorredner anschliessen kann und keine weiteren Ergänzungen zu machen habe.

Dominic Odermatt (FDP) informiert, dass seine Fraktion Effizienzverbesserungen der Verwaltung unterstützt, insbesondere dann, wenn dies einfach realisiert werden können. Anscheinend ist es aber nicht so einfach und ein Leichtes, diese erstellen zu können, wie es von den Postulanten im Vorstoss festgehalten wird. Bei jedem Mail gibt es auch noch die biologische Schnittstelle, nämlich den Absender. Auch sind beispielsweise die Kommissionspräsidenten dazu aufgerufen, ihre Verantwortung wahr zu nehmen und Informationen weiter zu leiten, denn diese Aufgabe wird ihnen auch eine Maillingliste nicht automatisch abnehmen. Seine Fraktion wird der Überweisung zustimmen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Das Verfahrenspostulat Nr. 2019/124 wird vom Rat einstimmig an das Büro des Einwohnerrates überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können. Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 20.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann